

»»» Entwicklungszusammenarbeit im Umbruch

One Pager

Ausgabe 1, 25. Januar 2024

Autor: Joachim Heidebrecht, Redaktion: Heide Kühlken

Das Grundnarrativ der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) – „Der reiche globale Norden zeigt dem armen globalen Süden den richtigen Weg zur dauerhaften Überwindung von extremer Armut“ – steht auf dem Prüfstand. Die Kritik kommt dabei zeitgleich aus sehr unterschiedlichen Richtungen: Wissenschaft, Politik und Entwicklungspraxis aus Nord und Süd.

Wachsende Zweifel am „guten“ Rat westlicher Entwicklungsökonomien

Die entwicklungspolitischen Debatten wurden jahrzehntelang primär von den Entwicklungsökonomien des Nordens geprägt, die (aufbauend auf den Erfahrungen der Industrieländer) vor allem auf Wachstum und Industrialisierung als Schlüssel zu mehr Wohlstand setzten. Inzwischen ist aber klar, dass diese Strategien an planetare Grenzen stoßen (Ressourcenverbrauch, Umweltverschmutzung, Klimawandel etc.) und von den ärmeren Ländern nicht einfach kopiert werden können, ohne das Erdsystem zu sprengen. Die Suche nach neuen Strategien zur Wohlfahrtssteigerung – ohne selbstzerstörerisches Wachstum – ist in vollem Gange. Der Globale Norden hat seinen „gefühlten“ Wissensvorsprung und seine Autorität als unbestrittenes „role model“ dabei teilweise eingebüßt.

Westliches „Demokratiemodell“ als Kern von EZ wird stärker hinterfragt

Gleichzeitig gerät auch ein zweiter Glaubensgrundsatz der westlichen Entwicklungspolitik unter Druck: Der Glaube an die „Demokratie“ als überlegenem politischem Problemlösungsmechanismus: Bei den sich derzeit sehr rapide verändernden Rahmenbedingungen wird die Demokratie bei der Suche nach schnellen und guten Lösungen immer öfters als ein sehr träger Mechanismus gesehen. Hinzu kommt, dass sich in vielen ehemaligen Vorzeigedemokratien (Großbritannien, USA, Indien) deutliche

Funktionsdefizite und Probleme auftun (fake news, wachsende Ungleichheit und Diskriminierung, Erstarken autokratischer Kräfte, shrinking civil space etc.). Das beeinträchtigt die lange weitgehend unbestrittene Überzeugungskraft des „Good Governance“-Konzepts als „Kern“ westlicher Entwicklungsstrategien. Andere politische Modelle gewinnen in etlichen Partnerländern wieder an Attraktivität. Der bereits entschieden geglaubte globale politische Systemwettbewerb ist neu entfacht.

Für einige Länder ist der Modus der klassischen EZ nicht mehr zeitgemäß

Viele frühere Entwicklungsländer haben sich in den letzten 75 Jahren sehr positiv entwickelt. Brasilien, Indien, China und Südafrika sind heute selber wichtige wirtschaftliche und politische Mächte, andere Länder auf dem Sprung dazu (Kolumbien, Indonesien, Nigeria, Marokko etc.). Sie verfügen inzwischen oft über gut ausgebildete Fachkräfte, Zugänge zu internationalen Finanzmärkten sowie eigene leistungsfähige interne Strukturen und Institutionen. Ausgestattet mit einem soliden Selbstbewusstsein wollen sie nicht mehr als Entwicklungshilfe-Empfänger sondern als gleichberechtigte Partner auf Augenhöhe wahrgenommen werden. Die etablierten EZ-Strukturen (mit Regierungsverhandlungen, Prüfberichten, Fortschrittsmissionen, Berichtspflichten der „Geber“) erscheinen hier nicht mehr angemessen.

Vorwurf des Postkolonialismus und wachsende Kritik an EZ-Wirksamkeit

In einer deutlich verschärften und verallgemeinerten Form findet sich der gleiche Gedanke auch in der Kritik der Postkolonialisten: Die Strukturen und Verfahren der internationalen „Entwicklungsbürokratie“ manifestieren demnach eine Fortsetzung kolonialer Machtstrukturen. Gefordert wird ein Zusammenarbeitsmodell, in dem unterschiedliche Wertvorstellungen und Normen koexi-

stieren können. Rückenwind bekommen sie dabei von einer neu entfachten Debatte zur „Aid Effectiveness“/EZ-Kritik.

Veränderte globale Herausforderungen und Haushaltsengpässe verschieben die Prioritäten in der EZ

Lange galt die Bekämpfung der extremen Armut in der Welt als die größte globale Herausforderung. Aber Problemlage und -wahrnehmung haben sich seit der Jahrtausendwende deutlich verändert: Während die globale Armut tendenziell sinkt, rücken die Bedrohungen durch Krisen, Klimawandel, Pandemien und Biodiversitätsverlust immer stärker ins öffentliche Bewusstsein. Der Schutz „Globaler Öffentlicher Güter“ tritt als EZ-Ziel neben die Armutsbekämpfung. Und angesichts zunehmender Budgetengpässe auch im Norden wird die Forderung im politischen Diskurs immer lauter, die EZ stärker als strategisches Instrument zur Verfolgung nationaler Interessen (Sicherheits-, Außen- und Wirtschaftspolitik, Rohstoffe) einzusetzen.

Fazit: Kein Ende der EZ, aber Beginn eines massiven Strukturwandels

Die EZ befindet sich derzeit in einer fundamentalen Umbruchsituation: Angesichts der Verzögerungen und teilweisen Rückschritte bei der SDG-Erreichung (in einigen Ländern Afrikas und fragilen Kontexten sogar wachsende extreme Armut!), ist eine Fortsetzung der klassischen „hands on“-Entwicklungszusammenarbeit mit den ärmsten Ländern politisch dringend geboten. Andererseits stellen sich im Bereich des Schutzes Globaler Öffentlicher Güter neue Herausforderungen, die eine andere Art der Zusammenarbeit (zwischen gleichberechtigten Partnern und mit vereinfachten Strukturen und Verfahren) erfordern. Der Wandel ist bereits in vollem Gange und die Richtung ist eindeutig: Weg von „postkolonialen“ EZ-Strukturen, hin zu neuen bilateralen Zweckpartnerschaften. ■